

Dr. Artur Pech

Referat zur Beratung des Karl-Liebknecht-Kreises Brandenburg am
21.01.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

Drei Monate nach unserer Gründung ist es an der Zeit, uns über die
Entwicklungen in der Gesellschaft, in unserer Partei und über unsere Arbeit
zu verständigen.

Schon die Gründung unseres Karl-Liebknecht-Kreises hatte eine
wahrnehmbare politische Wirkung.

Andreas Fritsche hat im nd zutreffend und korrekt über unsere Gründung
berichtet

Danach hatte ich Gelegenheit, einen Bericht im „Rotfuchs“ zu publizieren,
mit der „junge Welt“ gab es ein Interview und am 14. November
veröffentlichte sie unsere Erklärung zum Umgang des Parteivorstandes mit
den zahlreichen „Offenen Briefen“ von der Basis der Partei.

Diese Briefe waren Ausdruck der Besorgnis über die Entwicklung der
Linken und über den Umgang aufeinanderfolgender Parteivorstände mit
dem politischen Bedeutungsverlust der Partei. Gemeinsam war diesen
Briefen, dass sie vom Vorstand ignoriert wurden.

Der Parteiöffentlichkeit wurden diese Briefe weitgehend vorenthalten,
selbst der Bitte um Zustellung an Gremien der Partei wurde nicht
entsprochen.

Dieser Umgang mit der tiefen Besorgnis über das Schicksal der Partei
untergräbt ihre Existenzgrundlagen.

Die Versuche, der Auseinandersetzung mit den Problemen durch Ihr
Verschweigen auszuweichen, müssen ein Ende haben!

Die Politik der Partei muss auf die Wiederherstellung des Friedens und die
Verteidigung sozialer Interessen gerichtet sein und nicht in erkennbarer
Weise nur auf das taktische Ziel, Zulauf zu gewinnen. Das gilt dann auch für
linke Vorschläge im als »Sanktionen« verharmlosten Wirtschaftskrieg, der
die »kleinen Leute« hierzulande schon in den Existenzverlust treibt, was die
Erfüllungsgehilfen des Kapitals gerne als hinzunehmende
»Wohlstandverluste« verharmlosen.

Zurück zu Marx heißt heute, sich nicht in Gruppen oder
Kleingruppentheorien zu erschöpfen. »Die Menschen müssen essen,
trinken, wohnen und sich kleiden, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst,
Religion usw. treiben können«ⁱ, sie müssen zuallererst aber leben und

damit angesichts der wachsenden Gefahr eines nuklearen Infernos vor allem überleben.

Es braucht Widerstand gegen die Kriegspolitik im eigenen Land. Auch wenn sich vieles geändert hat – die Klassenfrage ist nicht erledigt. Selbst allgemeinemenschliche Probleme sind in der kapitalistischen Gesellschaft nur durch Klassenkampf zu lösen. Wenn Die Linke mit dieser Position wieder erkennbar wird, dann hat sie eine Zukunft. Dafür zu sorgen, ist die Aufgabe des Parteivorstandes – und nicht der Kampf gegen Teile der eigenen Mitgliedschaft!

Dieser Versuch fand einen vorläufigen Höhepunkt mit der „Berliner Erklärung“ einer innerparteilichen Gruppierung, die sich selbst „Progressive Linke“ nennt.

Damit wurden die Schlussfolgerungen daraus gezogen, dass die Anfang des Jahres 2022 verkündete Linie, uns die Partei durch „Projekte“ so unerträglich zu machen, dass wir gehen, nicht wie gewünscht funktioniert hat. Jetzt sollten Mitglieder hinausgeworfen werden.

Dieser Spaltungsversuch soll genau jene treffen, denen sonst von interessierter Seite Bestrebungen zur Spaltung der Partei nachgesagt werden.

Aber auch das fand nicht das gewünschte Echo. Es bleibt abzuwarten, was der nächste Schritt wird.

Im Dezember folgte dann noch die „Leipziger Erklärung“ des Parteivorstandes, des Fraktionsvorstandes und der Spitzen der Landesverbände.

Die Beschreibung des hinter dieser Erklärung stehenden Konzepts durch ein Mitglied des Parteivorstandes gab Michael Brie wie folgt wieder:

„Hauptziel sei es, die Partei zusammenzuhalten, die Verluste in die verschiedenen Richtungen zu minimieren und im Maße der Veränderung der Stimmung in der Bevölkerung mit Bezug auf den Krieg in der Ukraine die eigenen Positionen zu diesem Krieg anzupassen. Man habe bewusst die sozialen Fragen ins Zentrum gerückt, weil es hier einen großen Konsens gäbe, anders als in der Frage des Krieges.“

Dazu meint Michael Brie: „Dies würde in meinen Ohren außerordentlich vernünftig klingen, wenn das Schiff der Partei Die Linke auf ruhiger See wäre und nur einzelnen, und sei es heftigen Böen zu widerstehen hätte. Man könnte sich vom Winde treiben lassen und bräuchte sich nicht zu entscheiden. »Doch die Verhältnisse, die sind nicht so«, dichtete Bertolt Brecht... In stürmischen Zeiten kann man klaren Positionierungen nicht ausweichen.“ⁱⁱ

Am 15. Dezember 2023 fand sich der neu berufene Ältestenrat zur ersten Sitzung nach seiner Konstituierung im Oktober zusammen.

Der bei dieser Gelegenheit verabschiedete Beschluss wurde bisher kaum in die Partei kommuniziert. Deshalb drei Anmerkungen:

Der Ältestenrat hat den Parteivorstand aufgefordert, die antikapitalistische Ausrichtung unserer Partei deutlich stärker in den Vordergrund zu stellen. Meine Anmerkung dazu:

Die antikapitalistische Ausrichtung unserer Partei wurde in den letzten Jahren immer weniger erkennbar. Wahrzunehmen war ein Übergang von einer aus Klassenwidersprüchen entwickelten Politik hin zu einer, in der klassenindifferente allgemein-menschliche Fragestellungen dominieren. Solche Fragen gibt es tatsächlich und sie sind ernst zu nehmen.

Aber wir leben noch immer in einer Klassengesellschaft und die Befreiung daraus ist nur durch Klassenkampf möglich. Das ist der Zweck der LINKEN. Je mehr die LINKE klassenindifferente allgemeinmenschliche Probleme nach vorne stellt, umso weniger können die von Klassenwidersprüchen gebeutelten Menschen in der LINKEN eine Kraft erkennen, die an ihrer Seite steht. Das muss sich ändern!

Der Ältestenrat fordert, eine Analyse der **politischen** Ursachen für die Niederlagen der Partei in den zurückliegenden Jahren.

Meine Anmerkung dazu:

Damit bekräftigt er die Position, die er schon unter dem Vorsitz von Hans Modrow eingenommen hat.

Die üblichen demoskopischen Betrachtungen erfüllen diese Forderung nicht.

Und der Ältestenrat bekräftigte die Aussage unseres Parteiprogramms, dass die Partei DIE LINKE Krieg als Mittel der Politik ablehnt.

Meine Anmerkung dazu:

Nur wenn die LINKE ihre Friedenspolitik verteidigt, wenn sie ihre antikapitalistische Ausrichtung nicht nur verteidigt, sondern weiter ausprägt hat sie eine Zukunft, hat sie eine Existenzberechtigung.

Das gilt auch für den Widerstand gegen angeblich linke Vorschläge für Sanktionen, die die Partei tatsächlich zum Teil der Kriegspartei machen.

Gemeinsam mit anderen hatten wir für den 18. Dezember zu einer Videokonferenz eingeladen. Es bestand große Übereinstimmung darin, dass der antikapitalistische Charakter der Partei wieder sichtbarer werden muss, dass ihre Friedenspolitik nicht relativiert werden darf. Dafür haben wir uns gegründet. Nur eine solche LINKE wird in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland gebraucht. Mit diesem Ziel kämpfen wir um die Partei – und nicht um ihre Spaltung.

Eine Analyse von Ursachen für die gegenwärtige Verfasstheit der LINKEN lieferte Michael Brie am 29. Dezember 2022 im nd unter dem Titel: „Was tun in Zeiten des Krieges“.

Danach führten Migration, Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg zu folgenschweren Brüchen in der Politik der Linken. Das Problem der Partei Die Linke ist nicht, dass sie viele richtige Positionen vertritt, sondern in

einigen Fragen falsche oder völlig unklare Positionen. Und: Das unendliche Wagenknecht- Bashing vernebelt die Frage, warum eine einzelne Frau mehr politisches Gewicht auf die Waage bringt, als der ganze Parteivorstand. Und ich ergänze: Der Niedergang der Linken begann nicht erst mit der Migrationskrise, sondern Jahre früher mit der Demontage von Klaus Ernst und Gesine Lötzsch als Parteivorsitzende und einer Grundsätze sozialistischer Politik opfernden sogenannten „Kommunismus-Debatte“. Aber immerhin gibt Michael Brie erstmals mit einiger Reichweite eine Antwort auf die Frage nach der eigenen Verantwortung für den politischen Verfall der LINKEN.

Abschließend einige Bemerkungen zu zwei der von ihm aufgeworfenen Probleme:

Zur Migrationspolitik:

Die hier von der Linken verfochtene Linie hat ziemlich vollständig mit einem an Marx und Engels geschulten materialistischen Herangehen gebrochen, denn sie erklärten die Ein- und Auswanderung aus der Entwicklung der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse, der Produktionsweise und im Kapitalismus aus dem unterschiedlichen Wert der Ware Arbeitskraft in den verschiedenen Ländern.

Die Ignoranz gegenüber ihren Erkenntnissen hat sich bitter gerechtfertigt. Denn tatsächlich beruht der Kapitalismus auf der Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander.

Das ist mir erst jüngst wieder begegnet, als die Busfahrer in meinem Landkreis eine ordentliche Entlohnung forderten und die Deutsche Bahn als Hauptgesellschafter unseres Busverkehrs mit dem Import von Arbeitskräften aus Tschechien und Polen reagierte.

Und es gibt auch einen Zusammenhang zwischen der Verweigerung eines materialistischen Herangehens und dem von Michael Brie genannten Wagenknecht-Bashing.

Am 12. Dezember 2022 kam der Rezensent des jüngst erschienenen Bandes der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) mit Engels' Werk zur Lage der arbeitenden Klasse in England im End zu dem Schluss:

Engels „spricht er deutlich aus, dass die Immigranten (...) gegenüber den englischen Arbeitern Konkurrenten sind. Sie schnappen ihnen Arbeitsplätze weg und senken die Löhne herab. Das entspricht einfach den Gegebenheiten. Deswegen ist es völlig unverständlich, wenn einer linken Politikerin, die auf diese Konkurrenzsituation aufmerksam macht, Fremdenfeindlichkeit oder gar Rassismus vorgeworfen wird.“ⁱⁱⁱ

Zum Krieg:

Vor über 100 Jahren schickte Lenin einen kurzen Text über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa. Darin arbeitete er auch die entscheidenden Kriegsursachen heraus.

„Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wiederherzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik.“^{iv}

Und er benannte die Veränderungen der ökonomischen Gewichte der Staaten zwischen 1870 und 1914, die in den ersten Weltkrieg führten. Die Veränderungen in den letzten 40 Jahren übertreffen das erheblich, was in den 40 Jahren vor dem ersten Weltkrieg passierte.

Während 1980 Anteil der EU am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt bei 26 Prozent lag, werden für 2025 noch rund 14 Prozent prognostiziert. Für die USA fällt dieser Wert danach von 22 Prozent auf rund 15 Prozent, während er für die VR China von etwas über 2 Prozent bis auf fast 20 Prozent steigt. Da greift dann der von Lenin aufgedeckte Mechanismus mit dem Krieg als Mittel der Politik.

Nur wer diesen Zusammenhang ignoriert, kann heute seine Position zum Krieg in der Ukraine allein aus der Entwicklung seit dem 24. Februar 2022 ableiten.

Schon Karl Liebknecht forderte:

„Die Politik der Sozialdemokratie in Bezug auf den Krieg muß während des Krieges die konsequente Fortsetzung sein der Politik, die sie in der Friedenszeit gegenüber dem Kriege verfolgt.“^v

Wie sieht es nun heute in der LINKEN damit aus?

Unser Parteiprogramm fordert das Verbot von Rüstungsexporten. Aufrufe auch linker Spitzenpolitiker zu immer weiteren Waffenlieferungen sind damit ein eklatanter Bruch des Parteiprogramms und das Gegenteil dessen, was einst Karl Liebknecht einforderte. Und nicht Wenige, die immer mehr Waffenlieferungen haben die Dreistigkeit, an der Ehrung von Karl und Rosa teilzunehmen.

Die Linke hat sich nicht mit der Frage zu befassen, was zu tun ist, um Russland zu bezwingen. Sie muss den Herrschenden im Lande die Mittel zur Kriegführung verweigern.

Und da noch einmal Karl Liebknecht:

„Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (...), ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.“^{vi}

Zum Schluss komme ich noch einmal auf Michael Brie zurück:

Es ist vollkommen richtig, die Ursachen für die eigenen Probleme in den eigenen Fehlern zu suchen. Und völlig daneben ist es, die Entwicklung der eigenen Politik an einem von den "Leitmedien" erzeugten "Mainstream"

auszurichten. Seine Mahnung ist sehr notwendig. Zu hoffen bleibt, dass sie nicht zu spät kommt und beim Parteivorstand nicht auf weiterhin verschlossene Ohren trifft. Es muss unsere Aufgabe sein, da den notwendigen Druck zu machen.

Was tun – das ist keine Frage, das ist ein Imperativ!

ⁱFriedrich Engels, Das Begräbnis von Karl Marx, MEW Bd. 19 S. 335

ⁱⁱ Michael Brie, Was tun in Zeiten des Krieges, Migration, Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg führten zu drei Brüchen in der Politik der Linken, die sich als folgenschwer erweisen, in: nd 29.12.2022 S. 14

ⁱⁱⁱ Jens Grandt, »Ich klage an ...«Der Arbeiter als Sklave und Ware: Das Erstlingswerk von Friedrich Engels jetzt in der Marx-Engels-Gesamtausgabe, nd 12.12.2022 S. 13.

^{iv}W.I. Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, Werke, Bd. 21 S.344f.

^v Karl Liebknecht, Prinzip für die sozialdemokratische Taktik im Kriege, Gesammelte Reden und Schriften, Berlin 1971Bd. 8, S. 141

^{vi} Ders., An das Königl. Kommandanturgericht, Gesammelte Reden und Schriften, Berlin 1971Bd. 9 S. 16f.